

Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht der Präsidialabteilung

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - (1953)

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417471>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BERICHT
ÜBER DIE
STAATSVERWALTUNG
DES KANTONS BERN
FÜR DAS JAHR 1953

Bericht der Präsidentialabteilung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **Dewet Buri**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **Georges Mocckli**

Vizepräsident des } Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **Georges Mocckli**
Regierungsrates: } Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **R. Gnägi**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahre wurde über 3 kantonale und 3 eidgenössische Vorlagen abgestimmt.

A. Kantonale Volksabstimmungen

Am 15. Februar wurde als erste Vorlage den Stimmberechtigten das Gesetz über den Finanzausgleich zum Entscheid unterbreitet. Die Vorlage wurde mit 57 077 gegen 26 078 Stimmen angenommen. Das annehmende Mehr betrug 30 999. Von den 248 636 in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten gingen 83 716 oder 33,67 % an die Urne.

Die zweite Abstimmung fand am 19. April statt. Die Abänderung von Artikel 19 der Staatsverfassung (Wahlziffer für die Wahl des Grossen Rates) wurde mit 48 001 gegen 40 836 Stimmen angenommen. Die annehmende Mehrheit betrug 7165 Stimmen. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 248 430. Es gingen 95 189 oder 38,31 % an die Urne.

Bei der dritten und letzten Abstimmung des Jahres vom 6. Dezember kamen 2 Vorlagen zur Abstimmung.

1. Volksbeschluss über die Bewilligung eines Nachkredites an die Kosten der Errichtung der Bergbauern-

schule Hondrich, welcher mit 66 919 gegen 64 517 oder mit einem Mehr von 2402 Stimmen angenommen wurde.

2. Volksbeschluss über die Bewilligung eines Nachkredites an die Kosten der Errichtung der bernischen Heilstätte «Bellevue» in Montana, der mit 78 640 gegen 54 527 oder mit einer Mehrheit von 24 113 Stimmen angenommen wurde.

Von den 248 947 Stimmberechtigten gingen 139 719 an die Urne, somit 56,12 %.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen

Die 1. Abstimmung des Jahres fand am 19. April statt. Der Bundesbeschluss über die Revision des Bundesgesetzes betr. den Postverkehr wurde mit 37 295 gegen 57 455 oder mit 20 160 Stimmen verworfen. Die Stimmbeteiligung im Kanton betrug 38,28 %. Von den 249 362 Stimmberechtigten gingen nur 95 467 an die Urne.

Die 2. Abstimmung wurde auf den 6. Dezember angesetzt. Zwei Bundesbeschlüsse wurden den Stimmberechtigten unterbreitet:

1. Bundesbeschluss über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes. Der Beschluss wurde mit 62 914 gegen 73 151 Stimmen, also mit 10 237 verworfen.

2. Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 24 ^{quater} betr. den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung. Die Stimmberechtigten stimmten mit 103 150 gegen 33 661 Stimmen dem Beschlusse zu. Die annehmende Mehrheit betrug 69 489 Stimmen.

Von den 249 850 Stimmberechtigten nahmen am Urnengang 140 144, oder 56,91 % teil.

Die Stimmbeteiligung bei Volksabstimmungen lässt weiter zu wünschen übrig. Trotzdem bei kantonalen Abstimmungen das Stellvertretungsrecht eingeführt ist, sich somit jeder Stimmberechtigte, der wegen Alter, Krankheit oder Ortsabwesenheit am Gang zur Urne verhindert ist, vertreten lassen kann, werden verhältnismässig geringe Stimmbeteiligungen erreicht.

Fallen kant. und eidg. Volksbefragungen zusammen, so kommt die Bedeutung des Standes Bern in eidgenössischen Angelegenheiten noch mehr zum Ausdruck. Der Regierungsrat begrüsst deshalb die Vorstösse im Grossen Rat betr. Massnahmen zur Hebung der Stimmbeteiligung und hat der Präsidialabteilung den Auftrag erteilt, diese Fragen zu prüfen und allfällige Revisionsvorschläge zu unterbreiten. Der Regierungsrat möchte aber von einer Änderung des Artikels 2 des Gesetzes über die Volksabstimmungen und Wahlen, welcher die Ausübung des Stimmrechtes als Bürgerpflicht bezeichnet, diese Pflicht aber mit keinem Zwang verbinden will, absehen. Eine vermehrte staatspolitische Erziehung, verbunden mit der Hebung des politischen Verantwortlichkeitsgefühls können schliesslich allein zu einer dauernden Besserung führen.

Volkswahlen

Im Berichtsjahr wurden die eidgenössischen Geschwornen neu gewählt. Dabei fanden im ganzen Kantonsgebiet stille Wahlen statt.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung

Die bernische Vertretung im Nationalrat erlitt durch den Hinschied von Hans Hofer, Käser in Spins, einen grossen Verlust. Herr Hofer gehörte dem Nationalrat seit dem Jahr 1935 ohne Unterbruch an. Als Nachfolger rückte von der Liste der bern. Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei Emmental-Jura-Mittelland-Oberaargau-Seeland Regierungsrat Rudolf Gnägi nach.

Grosser Rat

Der Grosse Rat hielt 5 Sessionen (davon ausserordentliche im Februar und März) mit insgesamt 40 Sitzungen ab.

Die ausserordentliche Session vom 6. März diente der Erinnerung an den am gleichen Tag vor 600 Jahren erfolgten Eintritt von Bern in den ewigen Bund der Eidgenossen, sowie der formellen Genehmigung eines Beschlusses für die Stiftung «Bernisches Hilfswerk».

An dieser Sitzung nahmen der Regierungsrat in corpore teil, 190 Mitglieder des Grossen Rates, der ber-

nische Bundesrat Dr. M. Feldmann, R. Minger und Ed. von Steiger, Vertreter der Armee, der übrigen bernischen Behörden, der Amtsbezirke und Gemeinden sowie Chefbeamte der Zentralverwaltung.

Ansprachen wurden gehalten von Regierungspräsident Dewet Buri, Grossratsvizepräsident R. Vuilleumier und Grossratspräsident E. Studer. Der gesamte Anlass wurde eingerahmt mit Musikvorträgen des Schneeberger Quartetts. Nach Schluss der Sitzung im Grossen Rat begaben sich sämtliche Teilnehmer in feierlichem Zug in das Münster, wo Prof. Dr. Guggisberg die Festpredigt hielt.

Als Präsident des Grossen Rates amtete bis 31. Mai Ernst Studer, Bauingenieur in Burgdorf.

Für das Amtsjahr 1953/54 rückte als Grossratspräsident René Vuilleumier, Gemeindepräsident in Tramelan, nach.

Als Vize-Präsidenten wurden gewählt Dr. Hans Tschumi, Tierarzt in Interlaken, und Werner Bickel, Redaktor in Bern.

Während des Geschäftsjahres trat als Mitglied des Grossen Rates Roger Cattin, Les Breuleux, zurück. Er wurde durch Marc Jobin, Fürsprecher und Notar in Saignelégier, ersetzt. Für den bereits Ende 1952 verstorbenen Charles Flotiront sowie für Hans Hofer, Käser in Spins, traten neu in den Rat ein:

Fritz Hauri, Typograph in Moutier, und Erwin Stuber, Landwirt und Fabrikant in Schüpfen.

Der Regierungsrat dankt, soweit an ihm, den aus dem Rate Ausgeschiedenen für die dem Staat geleisteten Dienste.

In den ständigen grossrätlichen Kommissionen sind folgende Änderungen zu verzeichnen:

Büro: Durch eine Änderung von § 21, Absatz 1, der Geschäftsordnung des Grossen Rates wurde die Zahl der Stimmzähler von 4 auf 5 erhöht. Als neuer Stimmzähler wurde gewählt Ernst Stäger, Hotelier in Lauterbrunnen.

Paritätische Kommission: Diese hielt keine Sitzungen ab. Turnusgemäss wechselte aber das Präsidium von Grossrat J. Schlappach, Tavannes, auf Karl Geissbühler, Verbandssekretär in Köniz. An Stelle des letztern wurde als Vize-Präsident Joseph Vallat, Pruntrut, gewählt.

Im Verwaltungsgericht traten zurück, Henri Romy, Landwirt, Sorvilier, und Hans Bürgi, Notar, Kirchberg. An ihrer Stelle wurden gewählt, Arthur Juillerat, Landwirt in Undervelier, und Werner Schlosser, Notar in Kirchdorf. An Stelle des letztern wurde als Ersatzmann dieses Gerichtes gewählt Peter Bürgi, Fürsprecher und Notar in Burgdorf. Am 11. November wurden die 11 Mitglieder und 5 Ersatzmänner sowie der Präsident und der nichtständige Vize-Präsident dieses Gerichtes auf eine weitere Amtsdauer von 4 Jahren bestätigt.

Bei der Gesamterneuerungswahl der kaufmännischen Mitglieder des Handelsgerichtes im Jahre 1952 erreichte ein Vorgeschlagener aus dem Jura das absolute Mehr nicht. Anlässlich der Ersatzwahl, die im Berichtsjahr stattfand, wurde Albert Chavanne, Handelsmann in Glovelier, gewählt. – Ferner verstarben im Berichtsjahr die beiden bisherigen Mitglieder W. Brand und A. Probst, welche ersetzt wurden durch Willy Baumann, Fabrikant in Langenthal, und Fred Hänni, Geschäftsführer in Biel.

Als Ersatzmann des Obergerichtes wurde an Stelle des zurückgetretenen Dr. P. Dumont, Fürsprecher in Bern, Manfred v. Wattenwyl, Fürsprecher in Bern, gewählt.

Ebenso wurde der Generalprokurator Dr. H. Gautschi für eine weitere Amtsdauer wiedergewählt.

In der Kommission für Rindviehzucht schieden nach einer 6jährigen Amtsdauer J. Bähler, Hans Binggeli und G. Lüthi aus. Sie wurden ersetzt durch Walter Bärtschi, Landwirt und Viehzüchter in Gümligen, Paul Dummermuth, Landwirt und Viehzüchter, Unterlangenegg, und Hans Hostettler, Landwirtschaftslehrer, Zollikofen.

Der Grosse Rat behandelte im Berichtsjahr folgende wichtige Geschäfte:

1. Verfassungsänderungen

Abänderung von Artikel 19 der Staatsverfassung,
2. Beratung.

2. Gesetze

Dienstverhältnis der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung, 1. und 2. Beratung.

Gesetz über die Universität, 1. und 2. Beratung.

Gesetz über die Tierseuchenkasse und Gesetz über die Beitragsleistung an Wohnbauten für kinderreiche Familien mit bescheidenem Einkommen, je 1. Beratung.

3. Dekrete

Baubeiträge an Gemeinde- und Bezirkskrankenanstalten. Bekämpfung der Rindertuberkulose und Organisation des tierärztlichen Tuberkulosedienstes.

Bereinigung der Gemeindegrenzen im alten Kantonsteil, Abänderung und Ergänzung des Dekretes vom 11. September 1878.

Bereinigung von Kirchengemeindegrenzen und Benennung der Kirchengemeinden.

Besoldung der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung vom 26. November 1946 (Ergänzung).

Besoldung der Geistlichen der bern. Landeskirchen.

Besteuerung der Motorfahrzeuge; Abänderung.

Einteilung des Staatsgebietes in Grossratswahlkreise und Mandatzahl der Wahlkreise.

Errichtung von Untersuchungsrichterstellen.

Feuerwehrwesen und Abwehr von Elementarschäden.

Gewährung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal und zusätzliche Teuerungszulagen sowie an Rentenbezüger der Hilfskasse und der Lehrerversicherungskasse für das Jahr 1953 und 1954 sowie Abänderung.

Organisation der Bezirkshelfereien.

Organisation der Militärverwaltung, Abänderung des Dekretes vom 20. September 1916.

Taggelder und Reiseentschädigungen in der Gerichts- und Justizverwaltung.

Trennung der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Mett-Madretsch.

Zuteilung des Gebietes der Einwohnergemeinde Rumendingen zur Kirchengemeinde Wynigen.

Zuteilung des Gebietes von Rebévier und Fornet-Dessous zur römisch-katholischen Kirchengemeinde Lajoux.

4. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahre 1952 waren im Berichtsjahr noch 6 Motionen zu behandeln, zu denen noch 19 neue kamen. Von diesen 25 wurden 22 erledigt, eine zurückgezogen und 2 auf das nächste Geschäftsjahr verschoben.

Aus dem Jahre 1952 wurde die Behandlung von 7 Postulaten auf das Berichtsjahr verschoben. Neu wurden 26 Postulate eingereicht. Infolge Rückzuges konnten 2 abgeschrieben werden. Von den verbleibenden 31 Postulaten wurden 28 behandelt und 4 auf das nächste Geschäftsjahr überschrieben.

Der Regierungsrat beantwortete im weitem 48 Interpellationen, während 3 durch Rückzug erledigt wurden. Schliesslich wurden noch 43 Einfache Anfragen beantwortet.

5. Andere Geschäfte

Neben dem Verwaltungsbericht für das Jahr 1952, der Staatsrechnung und dem Voranschlag 1954 wurden im Grossen Rat noch 190 Direktionsgeschäfte behandelt, worunter die folgenden:

Beteiligung der BKW an den Kraftwerken Lienne im Wallis.

Zustimmung zur Aufnahme einer Konversionsanleihe von 3 % für Fr. 15 Millionen.

Programm über den Ausbau der Verbindungsstrassen im Jahre 1954/55.

Zweite Privatbahnhilfe gemäss BG vom 6. April 1939 zugunsten der Gürbetal-Bern-Schwarzenburg-Bahn (GBS).

Zusätzlicher Unterricht (fakultative Fächer) an den Primarschulen.

Massnahmen zur Förderung des Viehabsatzes im Herbst 1953.

Erhöhung des Kantonsbeitrages an die Betriebskosten der bern. Heilstätten für Tuberkulose in Heiligenschwendi.

Bau des Beta-Synchrotron- und Isotopeninstitutes.

Umbau und Renovation der Dermatologischen Klinik. Neubau eines Chemiegebäudes des Technikums Burgdorf.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtierte als Regierungspräsident der Direktor der Landwirtschaft, der Forsten und des Kirchenwesens, Regierungsrat Dewet Buri.

Am 1. Juni übernahm Regierungsrat G. Moeckli, Vorsteher der Direktion des Fürsorgewesens, das Ratspräsidium. Als Vize-Präsident wählte der Grosse Rat Regierungsrat R. Gnägi, Direktor der Volkswirtschaft.

In der Organisation und Zuteilung der Direktionen an die Ratsmitglieder ist in diesem Jahr keine Änderung eingetreten.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 105 Sitzungen ab, in welchen 7011 Geschäfte, also 166 weniger als im Vorjahr, behandelt wurden.

Im Berichtsjahr fanden die Feiern zur Erinnerung des vor 600 Jahren erfolgten Eintrittes Berns in den Bund der Eidgenossen statt. Die Vorbereitung und Organisation für diese Jubiläumsfeierlichkeiten hat Herr

Regierungsrat A. Seematter übernommen. Dieser gründete dafür einen Verein, bei welchem beinahe sämtliche Mitglieder des Regierungsrates in irgend einer Charge tätig waren. Das Zentralsekretariat wurde Fürsprecher Dreier, dem Sekretär der Finanzdirektion, übertragen.

Nachdem am 6. März die offizielle Feier der bernischen Behörden stattfand, über welche wir bereits unter dem Abschnitt «Grosser Rat» berichteten, fanden noch folgende Anlässe statt:

13. Juni, Empfang der Bundesbehörden, der Delegationen sämtlicher Kantone sowie der Behörden der Stadt Bern. Die Begrüssungsansprache hielt Regierungsrat Seematter, der Präsident des Organisationskomitees.

14. Juni, Empfang der Delegation der Berner Vereine in der Schweiz und im Ausland in der Rathaushalle. Die zirka 200 Anwesenden wurden durch Regierungsrat Dr. Gafner begrüsst.

Am 18. Juni wurde das diplomatische Corps im Rathaus empfangen und besuchte darauf das Festspiel «Hie Bern, hie Eidgenossenschaft».

Die Gäste besammelten sich am 13. Juni an der Bundesgasse und begaben sich im feierlichen Zug zum Rathaus. Am Abend des gleichen Tages fand die offizielle Jubiläumsaufführung des Festspiels «Hie Bern, hie Eidgenossenschaft» mit zirka 1000 Mitwirkenden in der Berner Festhalle statt.

Der offizielle Tag, der 14. Juni, begann mit protestantischen Gottesdiensten im Münster, in der Heiliggeist-Kirche und den übrigen Kirchen Berns, einem römisch-katholischen Gottesdienst in der Dreifaltigkeitskirche sowie einem christkatholischen Gottesdienst in der St. Peter und Paul-Kirche beim Rathaus. Die offizielle Jubiläumsfeier wurde im Münster abgehalten und eingerahmt durch Liedervorträge des Berner Männerchors und der Berner Liedertafel. Zwei Ansprachen, die erste in französischer Sprache durch Herrn Regierungspräsident G. Moeckli, und die zweite in deutscher Sprache durch Herrn Bundespräsident Dr. Ph. Etter, wiesen auf die Bedeutung des Eintrittes Berns in den Bund der Eidgenossen hin. Nach einem Mittagessen im Casino besuchten die Teilnehmer den historischen Umzug, an welchem rund 3000 Personen mitwirkten.

Alle diese Feiern und übrigen Veranstaltungen (Chutzenfeuer, Ausstellungen usw.) wurden einwandfrei durchgeführt und hinterliessen bei den Gästen, den Zuschauern und der ganzen Bevölkerung einen nachhaltigen Eindruck.

Der Grosse Rat hatte auf Antrag des Regierungsrates an die Kosten dieser Jubiläumsfeiern im Budget einen Betrag von Fr. 500 000 reserviert. Es kann festgestellt werden, dass diese Summe nicht vollständig beansprucht wurde. Über die Einzelheiten der Kreditbeanspruchung verweisen wir auf den Verwaltungsbericht der Finanzdirektion sowie auf die Staatsrechnung für das Jahr 1953.

Der Regierungsrat hat auch im Berichtsjahr weiter die Entwicklung im Jura aufmerksam verfolgt. Im Grossen Rat hatten sowohl er wie auch die einzelnen Fraktionen Gelegenheit, anlässlich der Behandlung einer Interpellation ihren Standpunkt durch Erklärungen bekanntzugeben.

Durch eine Ergänzung der Geschäftsordnung für den Grossen Rat ist eine Redaktionskommission ge-

schaffen worden, die den Auftrag hat, den deutschen und französischen Wortlaut in Übereinstimmung von Verfassungsänderungen und Gesetzen zu bringen und diese Entwürfe auf Widersprüche formeller Art mit bestehenden Gesetzen zu prüfen und Antrag zu stellen. Diese Kommission war notwendig, weil durch die Änderung der Staatsverfassung des Kantons Bern vom 22. Oktober 1950 die deutsche und die französische Sprache als gleichberechtigte Landessprachen anerkannt wurden.

Die Präsidentialabteilung hat ferner die Abänderung von Artikel 19 der Staatsverfassung vorbereitet. Am 19. April 1953 ist diese Verfassungsänderung in der Volksabstimmung genehmigt worden. Darnach besteht der Grosse Rat in Zukunft aus 200 Mitgliedern, wobei den 31 Wahlkreisen vorab je 1 Mandat zugeteilt wird, und die übrigen – nach den Vorschriften des Proporz – auf Grund der in der letzten eidgenössischen Volkszählung ermittelten Wohnbevölkerung auf die Wahlkreise verteilt werden. Diese Verfassungsänderung ist von den eidgenössischen Räten am 19. Juni 1953 genehmigt worden. Das zugehörige Dekret über die Einteilung des Staatsgebietes in Grossratswahlkreise und die Mandatzahl der Wahlkreise hat der Grosse Rat am 7. September 1953 genehmigt.

Am 7. Juli wurden dem Regierungspräsidenten durch eine Frauendelegation die Initiativbogen für ein Volksbegehren über das Frauenstimm- und Wahlrecht in den bernischen Gemeinden übergeben. Die sofort vorgenommene Nachkontrolle durch das kant. Statistische Büro ergab 33 655 gültige Unterschriften. Das Volksbegehren wurde darauf vom Regierungsrat an die zuständige Gemeindedirektion zur Behandlung überwiesen.

Im Berichtsjahr wurde der Kanton Bern einige Male durch Unwetterkatastrophen heimgesucht. Insbesondere wurde in der Zeit vom 25. bis 28. Juni die Umgebung von Langnau schwer verwüstet, so dass im Dienst stehende Luftschutztruppen zu Hilfe gezogen wurden.

Über weitere Beschlüsse des Regierungsrates und dessen Geschäftstätigkeit wird auf die Berichte der einzelnen Direktionen verwiesen.

Bezirksbeamte

Im Bestand der Bezirksbeamten traten folgende Änderungen ein:

Aarberg: Als Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamter ist an Stelle des zum Regierungsstatthalter von Büren gewählten H. Hugi, Bruno Lerch, Fürsprecher, auf dem Wege der stillen Wahl nachgerückt.

Aarwangen: An Stelle des im Jahre 1952 zurückgetretenen Notar H. Ischi wurde im öffentlichen Wahlgang als Regierungsstatthalter Emil Walter Schaffer, Verwaltungsangestellter in Langenthal, gewählt. Infolge Aufhebung der Vereinigung der Amtsverrichtungen des Betreibungs- und Konkursbeamten und des Gerichtsschreibers entschied sich der bisherige Amtsinhaber für die Stelle des Gerichtsschreibers. Als neuer Betreibungs- und Konkursbeamter wurde im stillen Wahlgang Fritz Wenger, bisher Kanzleisekretär des Betreibungs- und Konkursamtes Wangen, gewählt.

Bern: Als Gerichtspräsident wurde an Stelle des zurückgetretenen Fürsprecher R. Goetschel im stillen Wahlgang Peter Wyss, Fürsprecher in Bern, gewählt.

Büren: An Stelle des verstorbenen Gerichtspräsidenten/Regierungsstatthalter A. Muggli wurde Fürsprecher Hans Georg Hugi, bisher in Aarberg, gewählt.

Interlaken: An Stelle des verstorbenen F. Tschiemer wählten die Stimmberechtigten im öffentlichen Wahlgang zum Regierungsstatthalter Fritz Balmer, bisher Betreibungs- und Konkursbeamter, und an dessen Stelle Hermann Stähli, bisher Angestellter des Betreibungs- und Konkursamtes Interlaken.

Konolfingen: An Stelle des verstorbenen E. Hermann wurde im öffentlichen Wahlgang zum Regierungsstatthalter Ernst Lauener, ing.-agr. in Enggistein/Worb, gewählt.

Seftigen: Der Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamte Max Linder trat zurück. An dessen Stelle wurde auf dem Wege der stillen Wahl Hans Rudolf Zurbrugg, Fürsprecher in Bern, gewählt.

Trachselwald: Als Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamter trat Fürsprecher K. Marti zurück. Die Stimmberechtigten wählten im öffentlichen Wahlgang an dessen Stelle Hans Ulrich v. Steiger, Fürsprecher in Langnau.

Amtsrichter

Bern: Im Laufe der Amtsperiode starben Dr. h. c. P. Baumann und K. Trachsel, und Dr. E. Steinmann trat zurück. Auf dem Wege der stillen Wahl wurden sie ersetzt durch Ernst Wieland, Schreibmaschinenmechaniker, Hermann Schenk, alt Obergärtner, und Hans Tanner, Spezierer.

Biel: An Stelle des verstorbenen Moritz Jordan, Charles Berthoud und des zurückgetretenen P. Rüefli wurden im stillen Wahlgang Rudolf Moser, Ingenieur, Emil Lüthi, pens. SBB-Beamter, und F. Ernst, pens. Strassenbahn-Angestellter, gewählt.

Konolfingen: An Stelle des zurückgetretenen E. Muster wurde im öffentlichen Wahlgang Ernst G. Hutmacher, Landwirt in Oberdiessbach, gewählt, der aber im Laufe des Berichtjahres verstarb, und dann im stillen Wahlverfahren durch Ernst Wüthrich, Landwirt in Allmendingen, ersetzt wurde.

Pruntrut: An Stelle des verstorbenen Arthur Terrier wurde auf dem Wege der stillen Wahl Joseph Créchet, Landwirt in Bressaucourt, gewählt.

Laufen: Auf Ende des Berichtjahres ist in diesem Bezirk Ernst Saladin gestorben. Die Ersatzwahl findet im nächsten Jahr statt.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Auf dem Wege der stillen Wahl wurden gewählt:

Biel: An Stelle der zum Amtsrichter gewählten F. Ernst und E. Lüthi: Oskar Flückiger, SBB-Angestellter; die zweite Ersatzwahl fällt in das nächste Berichtsjahr.

Courtelary: An Stelle des zurückgetretenen R. Miche: Robert Bourquin, Holzhändler, Courtelary.

Konolfingen: An Stelle der zum Amtsrichter gewählten E. G. Hubacher und F. Wüthrich: Werner Lehmann, Landwirt in Bowil, und Friedrich Schwander, Landwirt und Gemeindepräsident in Herbligen.

Oberhasli: An Stelle des verstorbenen Joh. Huber: Heinrich Streun, Landwirt in Guttannen.

Bern: Die Ersatzwahl für den zum Amtsrichter gewählten Hans Tanner fällt in das Jahr 1954.

Staatskanzlei

Folgende Zahlen geben Auskunft über den Geschäftsgang der Staatskanzlei (Vorjahr):

An die Direktionen überwiesene Eingänge 1961 (2183). Überweisungen an den Grossen Rat: 463 (404).

Drucksachenbestellungen, Verkaufssumme Fr. 100006.80 (133 851.38).

Beglaubigung von 30 777 (29 238) Unterschriften, für welche Gebühren von Fr. 36 383.95 (33 789) verrechnet wurden, davon vom Regierungsstatthalter oder von Gemeinden 24 438 (22 958) belegt, vom Legalisationsbüro oder durch Barverkauf Fr. 11 945.95 (10 831).

Im Anweisungsverkehr wurden 2228 (2374) Geschäfte erledigt, die einen Ertrag an Gebühren von Fr. 218 898.25 (208 250) ergaben.

Die französische Abteilung besorgte 3453 Geschäfte, wovon 983 des Regierungsrates. Dazu kommen noch die zahlreichen Arbeiten von Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratsaal 88 Sitzungen abgehalten und die Rathauhalle für 25 Anlässe benützt. Die Kommissionszimmer wurden den Direktionen für 214 Sitzungen zur Verfügung gestellt, wozu noch 26 Kommissionssitzungen des Grossen Rates kommen. Soweit es sich bei der Benützung der Räumlichkeiten im Rathaus nicht um amtliche Anlässe handelt, wurden zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben, die im Berichtsjahre den Betrag von Fr. 5398.75 erreichten. Ferner erfolgten auf Anmeldung hin 243 Besuche unseres Rathauses mit rund 4600 Personen. Ungefähr die Hälfte dieser Besuche fiel wiederum auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs für 1953

I. Personelles

Der Staatsarchivar war gemäss R. R. B. Nr. 5030 vom 23. September 1951 für ein Drittel seiner Arbeitszeit beurlaubt zur Durchführung der Organisation der Bürgerbibliothek. Der Arbeitsausfall wird dem Staat durch die Bürgergemeinde Bern vergütet.

II. Benutzung

Das Staatsarchiv wurde von 445 Personen mit 2629 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 1070 mündlich, 718 schriftlich erteilt.

III. Zuwachs

Von der Verwaltung wurden Akten abgeliefert:

Erziehungsdirektion: Akten und Kontrollen 1916–1925;
 Forstdirektion: Abt. Jagd, Fischerei und Naturschutz,
 Akten 1913–1922;
 Militärdirektion: Akten und Kontrollen 1911–1922;
 Kreiskommando Biel: Stammkontrollen des Rgts. Kr. 13,
 1878–1892;
 Bezirksarchiv Fraubrunnen: Manuale und Konzepte des
 Oberamts und des Richteramts 1803–1896;
 Missiven des Reg. Statthalteramtes 1905–1926;
 Schulinspektorat Biel: Schulkontrollen Seeland und Süd-
 jura 1883–1930.

Ausserdem wurden von einigen Dienststellen Akten dem Archiv zur vorläufigen Aufbewahrung anvertraut.

Von privater Seite kamen dem Archiv folgende Geschenke an Handschriften und Akten zu:

Von Herrn Lehrer Grimm in Burgdorf eine kleine Sammlung Familien- und ortsgeschichtlichen Inhaltes;
 von Herrn Dr. Robert v. Muralt Drucksachen und Handschriften, hauptsächlich zur Familiengeschichte v. Muralt.

Ausserdem gelangten einige ursprünglich zum Staatsarchiv gehörige Akten und Handschriften aus privaten Nachlässen wieder an ihren Herkunftsort zurück.

Die Bibliothek vermehrte sich um 464 Bände, 327 Broschüren und 116 Blätter.

IV. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (bis 1831) wurde die Urkundenrevision fortgesetzt; es wurden gereinigt, neu verpackt und neu registriert die Urkunden der Fächer Konolfingen, Laupen, Moutier und Nidau.

In der neuen Abteilung wurde die Abteilung Gemeindewesen 1831–1846 behandelt.

Die im Vorjahr übernommenen Strassenpläne des 18.–20. Jahrhunderts wurden verifiziert, instandgestellt, signiert und katalogisiert.

V. Inventare und Register

Die Erschliessung der Ämterbücher wurde fortgesetzt. Es kamen die Ämter Interlaken, Konolfingen, Landshut, Laupen und Nidau zum Abschluss, Oberhasli wurde begonnen.

Für das Gesamtregister der Regierungsratsprotokolle ab 1894 wurden die Bände 1895–1897 (teilweise) bearbeitet.

Die Revision und Neu-Erstellung des Registers über die wissenschaftlich wertvolle Abteilung der sog. «Unnützen Papiere» wurde in Angriff genommen und mit Hilfe des kaufmännischen Arbeitsdienstes gefördert.

Fortgesetzt wurde das Emblemverzeichnis der Wappenkartothek und nachgeführt die Karteien der Sammlung der Gutachten, der Gesetze und Verordnungen, der Chronikauszüge aus dem «Bund» und der Bibliothek.

VI. Führungen und Ausstellungen

Das Archiv beteiligte sich in erheblichem Masse an den Jubiläumsausstellungen. Mit einer eigenen grossen Ausstellungsgruppe war es im historischen Museum vertreten, wo es in der Schau «Historische Schätze Berns» die Gruppe 9 «Denkwürdige Dokumente der bernischen Vergangenheit» und die Urkunde des Bundesbriefes darbot und für den Katalog bearbeitete. Ausserdem besichtigte das Staatsarchiv die Sonderausstellungen in Bern und in den Landesteilen; so in Bern die Sprünglin-Ausstellung, und die Ausstellungen im Gutenbergmuseum, im Naturhistorischen Museum, im Postmuseum, ferner die Regionalausstellungen in Biel, Burgdorf, Delsberg, Frutigen, Interlaken, Spiez und Thun. Insgesamt konnten während des Jubiläums über 400 Urkunden und andere Archivstücke des Staatsarchivs öffentlich besichtigt werden. Beschädigungen und Verluste traten keine ein.

Führungen mit Ausstellungen im Staatsarchiv werden veranstaltet für die Museums- und Lesegesellschaft und für die Sektion für Bildung und Geselligkeit des kaufmännischen Vereins Bern.

VII. Lehrerfortbildungskurs

Mit bestem Erfolg wurde im Berichtsjahr der vierte Lehrerfortbildungskurs unter der Leitung des Archivassistenten Lerch durchgeführt. Er war von 11 Teilnehmern besucht und währte vom 28. September bis 3. Oktober.

VIII. Wissenschaftliche Arbeiten, Gutachten, Berichte

Die Vorarbeiten zum Register des 10. Bandes der *Fontes rerum Bernensium* wurden weitergeführt. Der Staatsarchivar leitete die Herausgabe der Jubiläumsschrift der Bürgerbibliothek, deren einen Teil er selber bearbeitete. Der Adjunkt des Staatsarchivs steuerte zur Festgabe des Historischen Vereins einen Beitrag bei.

IX. Bezirks- und Gemeindearchive

Im Berichtsjahr wurden folgende Bezirksarchive von Organen des Staatsarchivs besucht und beraten: das Bezirksarchiv von Trachselwald wegen Umbauten und Verlegungen, die Gerichtsschreiberei Thun wegen Verlegungen, das Bezirksarchiv Fraubrunnen wegen Ablieferung und das Betreibungsamt Porrentruy. An Gemeindearchiven wurden besucht und beraten: die Archive von Courfaivre, Glovelier, St-Imier und St-Ursanne.

X. Ehemaliges fürstbischöflich-baslerisches Archiv

Es wurde die Abteilung B 240, Lucelle, Temporalia bearbeitet und mit der Inventar-Kartei darüber begonnen.

XI. Hallwylarchiv

Der Hallwyl-Fonds betrug am 1. Januar 1953 Fr. 14 821.40. Er beträgt am 31. Dezember 1953 Fr. 15 248.80. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf

Fr. 444.10. Es wurden in bescheidenem Umfang Werke über die Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

lungen wurde namentlich an der Planung und Durchführung des historischen Festzuges wesentlich mitgewirkt.

XII. Jubiläumsfeiern 1953

In der ersten Jahreshälfte war der Einsatz des Staatsarchivs für die Feiern beträchtlich. Neben der oben erwähnten Beteiligung an den Jubiläumsausstel-

Bern, den 29. April 1954.

Der Regierungspräsident:

G. Moeckli

Vom Regierungsrat genehmigt am 2. Juni 1954.

Test. Der Staatsschreiber i. V.: **E. Meyer**

